EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

VORLÄUFIG
2005/0035(CNS)

10.2.2006

*

ENTWURF EINES BERICHTS

über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Auflegung des Programms „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ für den Zeitraum 2007–2013 – Rahmenprogramm „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“
(KOM(2005)0124 – C6-0242/2005 – 2005/0035(CNS))

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Berichterstatter: Romano Maria La Russa

Erklärung der benutzten Zeichen

*	Verfahren der Konsultation *Mehrheit der abgegebenen Stimmen*
**I	Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung) *Mehrheit der abgegebenen Stimmen*
**II	Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung) *Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des Gemeinsamen Standpunkts* *Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung des Gemeinsamen Standpunkts*
***	Verfahren der Zustimmung *Absolute Mehrheit der Mitglieder außer in den Fällen, die in Artikel 105, 107, 161 und 300 des EG-Vertrags und Artikel 7 des EU-Vertrags genannt sind*
***I	Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung) *Mehrheit der abgegebenen Stimmen*
***II	Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung) *Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des Gemeinsamen Standpunkts* *Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung des Gemeinsamen Standpunkts*
***III	Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung) *Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des gemeinsamen Entwurfs*

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu Legislativtexten

Die vom Parlament vorgenommenen Änderungen werden durch Fett- und Kursivdruck hervorgehoben. Wenn Textteile mager und kursiv gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen auf solche Teile des Legislativtextes, bei denen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise Textteile, die in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrekturempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

INHALT

Seite

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ..... **Error! Bookmark not defined.**

BEGRÜNDUNG ..... **Error! Bookmark not defined.**

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Auflegung des Programms „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ für den Zeitraum 2007–2013 – Rahmenprogramm „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ (KOM(2005)0124 – C6-0242/2005 – 2005/0035(CNS))

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

– in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2005)0124)[1],

– gestützt auf Artikel 34 Absatz 2 Buchstabe c des EG-Vertrags,

– gestützt auf Artikel 39 Absatz 1 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C6-0242/2005),

– gestützt auf die Artikel 93 und 51 seiner Geschäftsordnung,

– in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und der Stellungnahme des Haushaltsausschusses (A6-0000/2006),

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;

2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;

3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;

4. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;

5. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

Vorschlag der Kommission	Änderungen des Parlaments
	Änderungsantrag 1 Erwägung 1
(1) Das Ziel der Union, den Bürgern in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein hohes Maß an	(1) Das ***vorrangige*** Ziel der Union, den Bürgern in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein hohes Maß

[1] Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Sicherheit zu bieten, wird durch die Verhütung und Bekämpfung der organisierten oder nicht organisierten Kriminalität erreicht (Artikel 2 vierter Gedankenstrich und Artikel 29 des Vertrags über die Europäische Union).	an Sicherheit zu bieten, wird durch die Verhütung und Bekämpfung der organisierten oder nicht organisierten Kriminalität erreicht (Artikel 2 vierter Gedankenstrich und Artikel 29 des Vertrags über die Europäische Union).

Begründung

Es muss deutlich herausgestellt werden, dass die Sicherheit – und damit der Kampf gegen alle Formen der Kriminalität – ein vorrangiges Ziel der EU bei der Schaffung eines echten Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts darstellt.

Änderungsantrag 2
Erwägung 5

(5) Es ist notwendig und sinnvoll, die Finanzierungsmöglichkeiten für Maßnahmen im Bereich der Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität zu erweitern ***und*** die Modalitäten unter dem Aspekt der Effizienz, Kostenwirksamkeit und Transparenz zu überprüfen.	(5) Es ist notwendig und sinnvoll, die Finanzierungsmöglichkeiten für Maßnahmen im Bereich der Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität zu erweitern***; dabei ist insbesondere der optimale Einsatz der zuständigen Dienste anzustreben, indem die verfügbaren Kapazitäten auf die unmittelbar operativen Aspekte konzentriert werden. Die Bestimmungen dieses Programms müssen es darüber hinaus ermöglichen,*** die Modalitäten unter dem Aspekt der Effizienz, Kostenwirksamkeit und Transparenz zu überprüfen.

Begründung

Das Vorläuferprogramm AGIS hat dazu beigetragen, dass die verschiedenen für die Bekämpfung der Kriminalität zuständigen Stellen einander besser kennengelernt und zusammengearbeitet haben. Durch das vorliegende Programm sollte diese Zusammenarbeit unmittelbarer auf die operative Tätigkeit ausgerichtet werden.

Änderungsantrag 3
Erwägung 9

(9) Da die Ziele der zu ergreifenden Maßnahmen, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung der organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht	(9) Da die Ziele der zu ergreifenden Maßnahmen, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung der organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht

ausreichend erreicht werden können und ***sich*** in Anbetracht des Umfangs und der Wirkungen der geplanten Maßnahmen ***besser*** auf Unionsebene ***verwirklichen lassen***, kann die Union Maßnahmen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 5 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beschließen. In Übereinstimmung mit dem in diesem Artikel festgeschriebenen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht dieser Beschluss nicht über das für die Erreichung der Ziele erforderliche Maß hinaus.	ausreichend erreicht werden können und in Anbetracht des Umfangs und der Wirkungen der geplanten Maßnahmen ***Maßnahmen*** auf Unionsebene ***erfordern***, kann die Union Maßnahmen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 5 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beschließen. In Übereinstimmung mit dem in diesem Artikel festgeschriebenen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht dieser Beschluss nicht über das für die Erreichung der Ziele erforderliche Maß hinaus.

Begründung

Bekräftigung des Subsidiaritätsprinzips.

Änderungsantrag 4
Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a

a) Förderung und Verbesserung der Abstimmung, Zusammenarbeit und gegenseitigen Kenntnis unter den Strafverfolgungsbehörden und anderen einschlägigen Behörden und Einrichtungen auf nationaler und EU-Ebene,	a) Förderung und Verbesserung der Abstimmung, Zusammenarbeit und gegenseitigen Kenntnis unter den Strafverfolgungsbehörden und anderen einschlägigen Behörden und Einrichtungen auf nationaler***, lokaler*** und EU-Ebene, ***insbesondere durch Rationalisierung ihrer Tätigkeit, Verbesserung ihrer Interoperabilität, Förderung der Errichtung weiterer von Europol koordinierter Gemeinsamer Ermittlungsgruppen sowie von Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zu Fragen der Terrorismusbekämpfung in Zusammenarbeit zwischen Cepol und Europol;***

Begründung

Wenn der operative Aspekt des Programms in den Vordergrund gerückt werden soll, so sind auch die Einbeziehung der lokalen Behörden, die Schaffung weiterer gemeinsamer Ermittlungsgruppen und Polizeiteams sowie Schulungsmaßnahmen zu Fragen der Terrorismusbekämpfung erforderlich.

Änderungsantrag 5
Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b

b) Entwicklung und gezielte Förderung horizontaler Methoden und Instrumente zur strategischen Verbrechensverhütung und -bekämpfung (z.B. Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor, bewährte Praktiken in der Kriminalprävention, vergleichende Statistik und angewandte Kriminologie) und	b) Entwicklung und gezielte Förderung horizontaler Methoden und Instrumente ***sowie Vereinheitlichung der Verfahren*** zur strategischen Verbrechensverhütung und -bekämpfung (z.B. Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor ***unter strikter Einhaltung geltender und künftiger Regeln in so sensiblen Bereichen wie Datenspeicherung und -schutz***, bewährte Praktiken in der Kriminalprävention, vergleichende Statistik und angewandte Kriminologie) ***insbesondere durch die Schaffung eines eigenen Benchmarkinginstruments,*** und

Begründung

Vereinheitlichung der Verfahren und Schaffung und Einsatz eines anwendbaren statistischen kriminologischen Instruments sind zwei Schlüsselaspekte dieses Programms. Die – unbedingt erforderlichen – Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor müssen jeder Kritik zuvorkommen, indem sie den geltenden Rechtsrahmen in sensiblen Fragen im Zusammenhang mit der Wahrung der Grundfreiheiten und der Privatsphäre respektieren.

Änderungsantrag 6
Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c

c) Förderung und Verbreitung bewährter Praktiken zum Schutz der Opfer krimineller Handlungen und der Zeugen.	c) Förderung und Verbreitung bewährter Praktiken zum Schutz der Opfer krimineller Handlungen und der Zeugen***, insbesondere durch Schaffung der Grundlagen für einen ständigen Entschädigungsfonds, der die verschiedenen nationalen Systeme ergänzt und Gewähr für einen gemeinsamen Mindestschutz und eine gemeinsame Mindestentschädigung bietet***.

Begründung

Die Entschädigung der Opfer oder ihrer Familien sowie der Schutz von Zeugen müssen über die – ohnehin uneinheitlichen – Bestimmungen, die gegenwärtig in den Mitgliedstaaten gelten, hinausgehen. Ein solcher Fonds wird die Solidarität mit den Opfern fördern. Gleichzeitig wird die Effizienz der polizeilichen und justiziellen Tätigkeit gestärkt, indem der Druck auf Zeugen verringert wird.

Änderungsantrag 7
Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c a (neu)

ca) Förderung der Bürgerbeteiligung im Rahmen dazu geeigneter Projekte und Förderung von Initiativen, die auf dem aktiven Engagement der Bürgergesellschaft und ihrer Akteure für die Verbesserung der Sicherheit insgesamt beruhen.

Begründung

Die Mobilisierung der Öffentlichkeit zur Bekämpfung von Kriminalität in allen Formen, insbesondere von Terrorismus, gehört zu den Zielen dieses Programms, denn dieser Aspekt, der langfristig der Prävention dient, trägt dazu bei, dass angemessene und ausgewogene Maßnahmen ergriffen werden, und sollte ein integratives Element bei der Festlegung und Umsetzung der diesbezüglichen Strategien der Mitgliedstaaten werden.

Änderungsantrag 8
Artikel 3 Absatz 3

3. Das Programm befasst sich nicht mit der justiziellen Zusammenarbeit. Maßnahmen, die die Zusammenarbeit zwischen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden zum Gegenstand haben, können jedoch in den Anwendungsbereich des Programms fallen.	3. Das Programm befasst sich nicht mit der justiziellen Zusammenarbeit. Maßnahmen, die die Zusammenarbeit zwischen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden zum Gegenstand haben, können jedoch in den Anwendungsbereich des Programms fallen***, insbesondere durch die Bereitstellung einer ständigen Rechtsberatungsstelle für dringende Fälle im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Europol und Eurojust, die dafür zuständig ist, mit Blick auf die Situation zum Zeitpunkt der Befassung zu prüfen, welche Rechtsgrundlage für die Ausdehnung der Tätigkeit der Polizei- und/oder Sicherheitsdienste unter vollständiger Wahrung der rechtlichen Bestimmungen in Frage kommt***.

Begründung

Das Strafverfolgungsrecht der Polizei und anderer Sicherheitsdienste der Mitgliedstaaten ist oft in der Praxis nicht gegeben, wenn Unsicherheiten in Bezug auf die Rechtsgrundlagen

bestehen, nach denen ihre Tätigkeit über die Grenzen hinaus zulässig wäre. Durch die rechtliche Beratung werden die Handlungsmöglichkeiten erweitert. Zudem lassen sich damit die Fälle reduzieren, in denen wegen Formfehlern oder einer fehlenden Rechtsgrundlage Maßnahmen im Nachhinein für unzulässig erklärt werden.

Änderungsantrag 9
Artikel 7 Absatz 3 a (neu)

	3a. Die Kommission vereinfacht die Verfahren so weit wie möglich und sorgt dafür, dass die in diesem Programm vorgesehenen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen keine bürokratische Belastung für die Träger der vorgeschlagenen Projekte darstellen. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen kann gegebenenfalls in zwei Phasen durchgeführt werden, wobei die erste Phase nur die Einreichung der Informationen umfasst, die für eine aussagekräftige Bewertung des Projekts unbedingt erforderlich sind.

Begründung

Die Verwaltungsverfahren des Programms dürfen nicht so komplex oder schwerfällig sind, dass Initiativen, gleich welcher Art, von vornherein abgeschreckt werden; die Vereinfachung der Verfahren ist u. a. ausschlaggebend für den Erfolg des Programms.

Änderungsantrag 10
Artikel 14 Absatz 2

2. Die Kommission sorgt für eine regelmäßige, unabhängige, externe Bewertung des Programms.	2. Die Kommission sorgt für eine regelmäßige, unabhängige, externe Bewertung des Programms. ***Sie tritt mit den begünstigten Mittelempfängern des Programms in einen regelmäßigen Meinungsaustausch über das Konzept des Programms, seine Umsetzung und seine Auswertung.***

Begründung

Der regelmäßige Informationsaustausch mit den Begünstigten ist unabdingbar, um das Programm möglicherweise verbessern zu können, da er die Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten, mit denen es die Begünstigten zu tun haben, ermöglicht.

Änderungsantrag 11
Artikel 14 Absatz 3 Einleitung und Buchstabe -a (neu)

3. Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament ***und*** dem Rat	3. Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament***,*** dem Rat***, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Ausschuss der Regionen*** und ***den nationalen Parlamenten***
	–a) einen kurzen Jahresbericht, der insbesondere Informationen enthält, mit deren Hilfe der quantitative Erfolg dieses Programms gemessen werden kann;

Begründung

Die Berichte zur Auswertung des Programms müssen auch dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss vorgelegt werden. Außerdem kann das Parlament nicht dreieinhalb Jahre warten, bis eine erste Auswertung der Ergebnisse des Programms vorgelegt wird. Es benötigt vor allem Informationen, um seine Aufgabe als Mitgesetzgeber für den Haushalt angemessen wahrnehmen und die Anstrengungen in Abhängigkeit von den Ergebnissen modifizieren oder neu ausrichten zu können. Deshalb muss ein kurzer Jahresbericht vorgelegt werden.

Änderungsantrag 12
Artikel 14 a (neu)

	Artikel 14a
	Gleichbehandlung
	Die Einrichtungen, die nach diesem Programm Betriebskostenzuschüsse erhalten, können sich an Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für andere Programme beteiligten, werden jedoch gegenüber anderen Organisationen, die aus anderen Mitteln als denen der Europäischen Union finanziert werden, nicht bevorzugt.

Begründung

Verweis auf das Prinzip der Gleichbehandlung.

Änderungsantrag 13
Artikel 14 b (neu)

Artikel 14b

Bekanntgabe der Finanzhilfe

Jede Einrichtung, Organisation oder Tätigkeit, die eine Finanzhilfe im Rahmen dieses Programms erhält, hat dafür zu sorgen, dass die von der EU gewährte Unterstützung öffentlich bekannt gemacht wird; zu diesem Zweck erlässt die Kommission ausführliche Leitlinien für die Sichtbarkeit.

Begründung

Wenn die EU finanzielle Unterstützung gewährt, sollte dies möglichst öffentlich bekannt gegeben werden. Dies ist eine Frage der Transparenz sowie eine wesentliche Möglichkeit, über die Bemühungen der Union zu informieren. Die Kommission hat bereits Leitlinien erarbeitet, die als Modell herangezogen werden könnten.

Änderungsantrag 14
Artikel 14 c (neu)

Artikel 14c

Verbreitung der Ergebnisse

Zur leichteren Verbreitung der Ergebnisse werden die Instrumente, die aus den durch dieses Programm finanzierten Projekten entwickelt wurden, insbesondere im Bereich Statistik und kriminologische Daten, der Öffentlichkeit auf elektronischem Wege kostenlos zur Verfügung gestellt.

Begründung

Damit wird die Verbreitung der Ergebnisse des Programms gefördert. Darüber hinaus wird deutlich gemacht, dass das Programm auch von allgemeinem Interesse ist.

BEGRÜNDUNG

Conformément aux préoccupations exprimées notamment lors des sommets de Tampere et de La Haye, la Commission s'est fixée, parmi ses priorités au titre des perspectives financières 2007-2013, de doter l'Union européenne d'un niveau global de sécurité dont l'excellence en fera un des piliers qui confèreront au concept de citoyenneté européenne sa pleine signification : vaste chantier, car le contexte de sécurité européen est marqué par l'accroissement des risques et menaces sans que pour autant celles-ci soient plus visibles.

Au contraire, la sophistication des technologies employées pour faire progresser le crime sous toutes ses formes, combinée à des frontières qui ne semblent plus représenter de barrière que pour les services de police, rend impératif le renforcement d'une coopération efficace entre services de police et de sécurité, afin de réduire le champ des vulnérabilités, qu'elles soient matérielles, technologiques, juridiques ou administratives. De cette coopération approfondie, on peut légitimement attendre une rationalisation des efforts en évitant leur fragmentation et leur duplication inutile, une normalisation de ce qui peut l'être en matière de procédure, et l'amélioration d'une interopérabilité encore souvent balbutiante.

Tels sont les objectifs majeurs que l'on peut assigner au programme « *Prévenir et combattre la criminalité* » en accordant une place prépondérante à la lutte contre la menace terroriste : en effet, le bilan humain et matériel des attentats ayant récemment touché des cibles européennes sur le continent – on pense bien sûr aux attaques dans les transports en commun de Madrid et de Londres – mais également à l'extérieur (comme à Casablanca) font probablement du contre-terrorisme l'emblème de cet impératif de coopération au service des citoyens européens.

Très tôt l'Union européenne s'est investie en la matière – coopération policière mais aussi judicaire en matière criminelle – par le biais d'un certain nombre de programmes (*Grotius criminal*, *Oisin*, *Stop*, *Falcone* et *Hippokrates*) regroupés à partir de Janvier 2003 au sein du programme cadre AGIS. Celui-ci a connu un gros succès – en 2004, seul un gros tiers des projets transmis a pu être financé - et s'est révélé très utile en contribuant sensiblement à développer la compréhension entre les différentes institutions et autorités nationales. Rien d'étonnant par conséquent à ce que la Commission ait reconduit, au travers des programmes spécifiques « *Justice criminelle* » et du présent programme la totalité des possibilités offertes par AGIS, en les enrichissant de quelques priorités supplémentaires visant à une utilisation optimale des services compétents grâce à une approche capacitaire (*capacity building*) centrée sur des aspects directement opérationnels : l'amélioration de l'échange d'informations (avec l'aide des nouvelles technologies), l'indexation et l'interopérabilité des bases de données, la technologie et la méthodologie des communications protégées, et le développement des partenariats public/privé sont autant d'objectifs spécifiques auxquels ce rapport entend contribuer.

Ce rapport, tout en souscrivant à l'architecture globale du projet de la Commission, peut toutefois contribuer à combler quelques lacunes, développer des synergies pertinentes, et fixer quelques limites :

***des lacunes à combler* :**

On aimerait trouver mieux affirmés les concepts de la « *participation citoyenne* » et de *dimension humaine* à l'intérieur du programme :

- dans le premier cas, il s'agit de promouvoir chaque fois que les projets s'y prêtent la mobilisation du public dans la lutte contre le crime sous toutes ses formes, et tout particulièrement contre le terrorisme ; il semble en effet tout à fait indiqué d'encourager les initiatives reposant sur l'engagement actif de la société civile et de ses acteurs en faveur de l'amélioration de la sécurité globale. Une telle implication – qui participe d'une action de prévention à long terme - contribuera à l'émergence d'une réponse appropriée et équilibrée, et devrait devenir un élément intégré à la définition et à la mise en œuvre des politiques des Etats membres en la matière. Pour ce faire, une meilleure association des autorités locales doit être assurée: car celles-ci constituent souvent le niveau pertinent où s'élaborent et s'expérimentent les réponses de terrain à la menace criminelle.

- dans le second cas, il s'agit d'affirmer une forte volonté en matière de protection des témoins et des victimes, tout particulièrement là encore en matière de terrorisme : par delà la naturelle assistance médicale, psychologique et sociale aux victimes et à leurs familles, il devrait être décidé la création d'un fonds d'indemnisation permanent, de manière à illustrer concrètement un principe de solidarité souvent insuffisamment concret ou suivant un principe de complémentarité, ce fonds viendrait s'ajouter pallier aux insuffisances de systèmes nationaux très différents, et contribuer ainsi à dégager une garantie de protection et d'indemnisation minimales commune à l'intérieur de l'UE.

On aimerait également, à la lumière de l'exercice précédent du programme AGIS, approfondir la simplification des procédures, afin de débrider des initiatives jusqu'alors découragées par les difficultés formelles et/ou administratives.

des synergies à développer :

Certains des objectifs inclus dans le programme pourraient être atteints plus aisément si une véritable synergie avec le travail ou les capacités de certains organismes communautaires était établie ou mieux assurée :

- Les objectifs en matière statistique – programme en matière de criminologie et base de données commune, l'établissement d'un outil de « *benchmarking* » autonome relatif aux meilleures pratiques, *etc*… – devraient bénéficier d'une mise en réseau avec EUROSTAT et surtout avec EUROPOL, chargé de l'élaboration annuelle de l'OCTA (*Organised Crime Threat Assessment*) dont la première publication est prévue pour le printemps 2006 et qui devra s'appuyer sur l'analyse de données statistiques nationales pertinentes comparables.
- Les protocoles d'EUROPOL relatifs à sa participation aux *Joint Investigation Teams (OJ C 312 du 16/12/2002)*, et à sa vocation de point focal de la coopération policière européenne (*protocole "danois", OJ C 002 du 06/01/2004*) doivent servir de références en la matière et de points d'amarrage aux initiatives du présent programme qui souhaitent contribuer au renforcement de ces JITs, y compris au sein des Etats

membres ne les ayant pas encore ratifiés. Ces initiatives nécessitent également la contribution d'EUROJUST dès lors qu'intervient une quelconque dimension judiciaire.

- Compte tenu de l'aspect prioritaire du sujet, une attention toute particulière sera accordée aux propositions de formations et actions de sensibilisation spécifiques en matière de contre-terrorisme : celles-ci doivent essentiellement résulter d'une coopération CEPOL/EUROPOL dont les stratégies d'action puiseront leur source, entre autre, dans l'OCTA.
- Enfin, afin de permettre la continuité de l'action des polices européennes au delà de leurs frontières respectives, notamment dans le cadre de leur droit de poursuite, EUROJUST et EUROPOL devraient, dans le cadre de leur coopération, fournir une cellule permanente d'assistance juridique d'urgence, chargée d'évaluer, en fonction de la situation à l'origine de sa saisine, la base légale pertinente invocable permettant la prolongation de l'action dans le plein respect du droit.

des limites à fixer :

Votre rapporteur s'est déjà prononcé en faveur du concept de « *participation citoyenne* » qui a toute sa place à l'intérieur d'une réponse globale en matière de sécurité ; de même, il lui parait indispensable de renforcer le partenariat public/privé dans des domaines où l'impératif de la connaissance technologique nécessite la coopération d'intervenants dont le maintien de l'ordre et la lutte contre le crime ne sont pas les objectifs premiers (vidéo-surveillance, « *monitoring* » en matière de téléphonie et d'internet, lutte contre la cybercriminalité, etc.) Encore faut-il que le champ de ces partenariats couverts par le programme soit précisément délimité, et qu'ils ne favorisent en rien un transfert de responsabilité en matière de sécurité du public vers le privé.

Cette remarque procède de la position constante défendue par cette commission qui ne conçoit la recherche d'un environnement plus sûr que dans le plus strict respect des valeurs fondamentales de l'Union telles que les libertés individuelles, le respect de la vie privée, l'Etat de droit et la démocratie. Ce partenariat, au développement souhaitable, se doit donc d'être irréprochable quant aux respects des normes édictées en vigueur et à venir (dans des domaines aussi sensibles que, par exemple, la rétention et la protection des données personnelles) et respecter le nouveau cadre légal de troisième pilier qui devrait être adopté au courant de l'année 2006.

Dans cette optique, votre rapporteur estime que la place accordée au contrôle parlementaire – notamment celui du Parlement européen – n'est pas assez visible : celui-ci ne s'exercera vraiment efficacement que si l'ensemble du programme fait l'objet d'un rapport annuel sommaire et est assorti d'une clause de réexamen au vu des résultats obtenus. Par ailleurs, la dissémination des projets et desdits résultats est une condition essentielle de sa réussite : elle doit expressément inclure les parlements nationaux qui ont vocation à relayer les initiatives de l'Union et à veiller à ce que leurs Etats membres respectifs offrent une coopération pleine et entière en la matière.

Au final, il faut rappeler que si le programme « *Prévenir et combattre la criminalité* » doit poursuivre sur la voie d'AGIS en contribuant à développer la coordination, la coopération et la compréhension mutuelle entre les différents services compétents de l'Union européenne, mais aussi en évaluant les mesures législatives et politiques arrêtées au niveau européen au regard de leur mise en oeuvre et de leur efficacité, il doit également se voir assigné de nouvelles

priorités qui éviteront que l'aspect "communication" mobilise la quasi-totalité du budget disponible : sans les abandonner, les conférences, séminaires et autres activités de formation et d'échange, doivent trouver des compléments - visant à développer et à promouvoir sur le terrain des méthodes et outils horizontaux de lutte contre le crime - de nature à faire passer la coopération entre Etats membres dans une phase plus opérationnelle pour les services et plus visible pour les citoyens.